



„Der Fiskalpakt aus sozialdemokratischer Perspektive“

Redeentwurf von Joachim Poß, MdB, für die Konferenz „Ist eine radikale Reform der europäischen fiskalen Governance möglich?“ am 14.03.2017 in Rom

Der Fiskalpakt wirkt prozyklisch und ist vermutlich nicht das beste Instrument, um Europa zu konsolidieren. Erst recht nicht als isolierte Maßnahme. Das war schon 2012 klar als wir im Deutschen Bundestag über die Ratifizierung des Fiskalvertrages verhandelt haben. Dennoch haben wir dem **Vertrag trotz Bedenken nach langen Verhandlungen zugestimmt**.

Der Fiskalvertrag als Teil eines Pakets

Teil des **national erreichten Kompromisses** war aber nicht nur der Fiskalpakt, sondern auch ein massives **Wachstums- und Investitionsprogramm** für Europa: Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit, Initiativen zur Schaffung von mehr Finanzstabilität und nicht zuletzt eine europäische Finanztransaktionssteuer, die die Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligen sollte.

Damit hatten wir 2012 der konservativen Regierung zumindest in Ansätzen einen wachstumsfreundlicheren Kurs abringen können, der nicht nur auf Austerität, sondern auch auf **positive Impulse** für Europa setzte. Das war die Geburtsstunde des **sozialdemokratischen Policy-Mixes**, der nach und nach in Europa die neo-liberale Barroso-Linie abgelöst hat. Leider wurden bis heute nicht alle Vereinbarungen umgesetzt. Eine Finanztransaktionssteuer ist noch weit entfernt. Investitionen werden aber seit unserem Drängen auf die erste Kapitalerhöhung für die EIB und dem Juncker-Plan 2015 angestoßen.

Zuletzt wurden die Mittel für Investitionen sogar noch verdoppelt. Damit diese wirken können, sind aber weitere Voraussetzungen als die bloß Mittelbereitstellung zu erfüllen. Das **Fehlen funktionierender Verwaltungsstrukturen**, insbesondere im mediterranen Raum, erschweren Investitionsprogramme.

22.03.2017

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-7 10 20, Fax: +49 30 227-7 61 70,
Joachim.poss@bundestag.de

Joachim Poß, MdB

Auch sonst besteht zweifellos eine Holschuld der zu fördernden Länder: Investitionsförderprogramme und auch Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen **abgerufen und genutzt** werden. Investitionen scheitern nicht an der verfügbaren Unterstützung, die Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten muss zunächst optimiert werden.

Trotz der teilweise schwierigen Umsetzung, war der **Kompromiss mit Finanzminister Schäuble 2012** ein erster Schritt hin zu einem wahren Policy Mix aus wachstumsfreundlicher Konsolidierung, mehr Investitionen, Strukturreformen und einer effizienten Regulierung der Finanzmärkte.

Wir sind damit aber noch lange nicht am Ziel angekommen. In allen Bereichen des angesprochenen Policy-Mixes müssen wir besser werden.

Die Teilbereiche eines erfolgreichen Plans für Europa

Konsolidierung & Investitionen

Ein wichtiger Schritt ist und bleibt die **wachstumsfreundliche Konsolidierung**. Das bedeutet, dass gespart wird, wo es weder in größerem Maße die Wirtschaft noch die Ärmsten trifft. Aber auch kluge Sozialpolitik kann dazugehören.

Beispielsweise hat Portugal über einen erhöhten **Mindestlohn** die Binnennachfrage gestärkt und seine Steuereinnahmen gesteigert. Der Länderbericht der Kommission zeigt eindeutig, dass derartige Maßnahmen der Wirtschaft zumindest nicht schaden und potentiell eher Nutzen stiften – besonders wenn wir die Steuerdynamiken betrachten, die in der EU herrschen. Gerade Wohlhabende und Firmen verschieben Geld zur so genannten Steueroptimierung. Auch in Deutschland ist die Steuerhinterziehung weitgehend eine Form von Oberschichtenkriminalität.

So kann über eine **sozialere Wirtschaftspolitik** und eine Bekämpfung von Steuervermeidung auf der Einnahmenseite eine moderate Konsolidierung erreicht werden. Auch in Deutschland haben wir durch einen Mindestlohn neben mehr Gerechtigkeit auch mehr Wachstum und eine höhere Binnennachfrage erreicht.

Gerade hier in Rom ist es aber auch wichtig, über die **Ausgabenseite** zu sprechen. Über die letzten Jahre hinweg hat die italienische Regierung immer wieder neue Haushaltspläne vorgelegt, die nach und nach gegen das Versprechen von Reformen wieder aufgeweicht wurden.

Joachim Poß, MdB

2015 plante man noch, die Staatsschuldenquote bis 2018 um 10 Prozentpunkte zu verringern, dann nur noch 7, dann nur noch 2 bis 5 Prozentpunkte und jetzt sieht es so aus als würde die Schuldenquote bis 2018 sogar leicht steigen.

Und trotzdem wird immer wieder die EU-Kommission dafür angegriffen, dass sie auf einer moderaten Verringerung des Defizits besteht – selbst wenn sie einfach nur auf die Zahlen besteht, die genau die gleiche Regierung ein paar Monate zuvor verkündet hat. Die Kommission unter Juncker ist nicht mehr so neoliberal und unnachgiebig wie unter Barroso, sie kann und darf aber auch nicht ins andere Extrem verfallen.

Die italienische **Regierung unter Renzi** hat wie kaum eine andere Regierung notwendige Reformen des Bildungs- und Justizwesens auf den Weg gebracht. Sie hat Schritte zu einer verbesserten Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung unternommen.

Allerdings **stagniert die italienische Wirtschaft** immer noch, obwohl sich die 2014 genannten Begründungen für niedriges Wachstum in den letzten Jahren verändert haben. Energiepreise sind zwischenzeitlich massiv gefallen, der Eurowechselkurs ist niedrig und die Geldpolitik der EZB im Interesse der mediterranen Länder. Es zeigt sich, dass die Erklärungen für Italiens Schwäche komplizierter sind und dass sich die Resultate von notwendigen Strukturreformen nicht über Nacht zeigen.

Mit einer weit **überhöhten Staatsverschuldung**, wie Italien sie leider noch über Jahre haben wird, macht man sich angreifbar für die Märkte. In der langen Frist reduziert die Staatsschuld die Handlungsfähigkeit der Regierungen und sie werden zu Getriebenen. Die Finanzierung des deutschen 80-Mrd.-Pakets zur Stabilisierung von Banken und Wirtschaft, das mit zur heutigen wirtschaftlichen Stärke Deutschlands beigetragen hat, konnte nur finanziert werden, weil der deutsche Schuldenstand so niedrig war.

In Teilen wurde das auch in der italienischen Regierung erkannt. Zuletzt diente der **vorsichtige Reformkurs** aber einigen selbstsüchtigen Funktionären der PD dazu, sich abzuspalten und damit die Stabilität Italiens noch stärker zu gefährden.

Es bleibt zu hoffen, dass die pro-europäischen, verantwortungsbewussten Kräfte in der italienischen Politik die Oberhand behalten. Denn gerade für Länder mit Schuldenquoten jenseits der 100% ist eine verlässliche und vorausschauende Politik, die eben nicht nur auf Populismus baut, zwingend notwendig.

Joachim Poß, MdB

Konsolidierung bleibt auf mittlere Sicht wichtig.

Ob der **Fiskalpakt dafür die richtigen Rahmenbedingungen liefert, darf durchaus diskutiert werden**. Trotzdem können ernsthafte Diskussionen darüber erst stattfinden, wenn konkrete und detaillierte Änderungsvorschläge gemacht werden. Generelle Absichtserklärungen und eine Ablehnung z.B. des Fiskalpakts würden aber an der im Moment gegebenen politischen Situation in Europa scheitern.

Strukturreformen

Die Wirksamkeit von Investitionen und Konsolidierung hängt aber auch eng zusammen mit **Strukturreformen** im Bereich der **Korruptionsbekämpfung und der Rechtssicherheit**.

Die Fälle von Beamten, die über Jahre lediglich zum Einstampeln in ihr Büro kamen, sind im letzten Jahr durch die Presse gegangen. Auch Italiens letzter Platz in Europa beim Korruptions-Index von Transparency International machte Schlagzeilen. Das ist keine Umgebung, in der Wachstum generiert werden kann. Für Investoren sind außerdem langwierige Rechtsstreitigkeiten in vielen europäischen Ländern ein Grund, um letztendlich andere Investitionsmöglichkeiten zu suchen.

In diesen Bereichen wurden in den letzten Jahren in den meisten südlichen Euro-Ländern Fortschritte erzielt, die aber bei Weitem noch nicht ausreichen.

Weitere Strukturreformen müssen vor allem auch bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ansetzen und die Bildungs- und Ausbildungssysteme wettbewerbsfähiger machen. Das sollte Priorität haben, weil es momentan gerade die Jungen sind, die unter den Krisen zu leiden haben.

Zusammenfassung

Die SPD hat die Einführung des Fiskalvertrages vor knapp fünf Jahren als **Teil eines Pakets von Konsolidierung, Reformen und Wachstumsimpulsen** mitgetragen. Man kann allerdings argumentieren, dass die Effekte auf die Wirtschaft bisher zu schwach waren.

Das kann an zu **geringen Impulsen durch die Investitionsprogramme** liegen, aber auch mit den **Strukturen** zusammenhängen, in denen sie wirken

Joachim Poß, MdB

sollen. Neben einer effizienten Konsolidierung muss auch an diesen beiden Stellschrauben gedreht werden.

Eine Diskussion über dieses Gesamtpaket und insbesondere den Fiskalpakt braucht aber eine **angemessene Diskussionsgrundlage**. Wir können nur über konkrete Kritik und Vorschläge reden. Änderungswünsche müssen konkreter und konstruktiver sein als die Forderung, den Fiskalpakt pauschal abzuschaffen. Zumal die EU-Kommission bezüglich der Ausgaben aufgrund außerordentlicher Umstände im Rahmen des Europäischen Semesters bisher durchaus großzügig gezeigt hat.

Alles in allem bleibt festzuhalten, dass sich die **EU in der größten Krise ihrer Geschichte** befindet und es die Aufgabe aller Mitgliedsstaaten ist, zur Bewältigung dieser Krise beizutragen.

Dazu zählt zum Beispiel, **Freiheit und Rechtsstaatlichkeit** gegen die rechtspopulistischen Regierungen in Polen und Ungarn zu verteidigen.

Dazu gehört aber auch **solidarisches Verhalten** gegenüber anderen Mitgliedsstaaten in Steuerfragen. Zum Beispiel die Benelux-Länder, die seit Jahren als Steueroasen für Großkonzerne in der EU bekannt sind und damit den ehrlichen Steuerzahlern und vor allem ehrlichen kleinen und mittleren Unternehmen schaden.

Schluss

Um in der EU und der Eurozone voranzukommen, brauchen wir stabilere Rahmenbedingungen als wir sie angesichts von Brexit, Trump, anwachsendem Populismus, Polen, Ungarn etc. derzeit haben.

Wir alle müssen dazu Beiträge erbringen: Deutschland mit einer **größeren Bereitschaft**, über die Fiskalregeln zu reden, die mediterranen Länder mit Erfolgen bei der Belebung der Wirtschaft und dem Abbau von Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, Fortschritte beim Steuerdumping in Benelux, Irland, Malta, Klarheit über die Durchsetzung unserer europäischen Werte.

Der von mir geschilderte Policy-Mix muss zu **mehr Investitionen und Arbeitsplätzen** führen. Darüber hinaus muss die **Architektur** der Eurozone vollendet werden, u.a. mit einer **Fiskalkapazität** und einer demokratischen Vertretung der nationalen Parlamente und des EP.

Die konsequente Umsetzung einer solchen Agenda in die Praxis kann dann Konsequenzen für den **Fiskalpakt** haben.

Joachim Poß, MdB

In den anstehenden Wahlen 2017 muss die europäische Sozialdemokratie klarmachen, dass die Lebensperspektiven der Menschen im Blick auf Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Meinungsfreiheit und Demokratie von diesem Weg profitieren. Die Populisten haben keine realitätstüchtigen Antworten.

Mit Hassreden und Führerprinzip, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, schafft man weder sozialen Ausgleich noch Frieden.

Wir können den Gefahren für die demokratische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung nur begegnen, wenn wir die Routine abstreifen, die Ärmel aufkrepeln und unbeirrt für Europa arbeiten.

Dafür steht die deutsche Sozialdemokratie und ich hoffe, die gesamte europäische Sozialdemokratie.